

229 Millionen für alle



Das Lachen verging ihnen trotz allem nicht: Matthias Burkhalter (l., SP) und Peter Brand (SVP), zwei der Hauptkontrahenten.

Andreas Blatter

Die bürgerlichen Steuer-senker setzten sich im Grossen Rat fast auf der ganzen Linie durch. Bei der Vermögenssteuer scheiterten sie jedoch mit Stichentscheid der Präsidentin. Linke und Regierung warnen vor neuen Schulden.

Wie fast immer in Steuerfragen waren die Fronten im Grossen Rat verhärtet. Der Rat brachte die erste Lesung der Steuergesetzrevision 2011 gestern Abend nicht mehr zu Ende. Er fällt jedoch bereits mehrere wichtige Entscheide, die unter dem Vorbehalt der Schlussabstimmung heute und vor allem der zweiten Lesung im März 2010 stehen.

• **Einkommenssteuer:** Hier beschloss die bürgerliche Mehrheit als gewichtigsten Entscheide eine Entlastung um total 229 Millionen Franken. SP, Grüne, EVP und Regierung wollten nur 20 Millionen gewähren. Sie unterlagen SVP, FDP, BDP und EDU mit 73 zu 69 Stimmen. Für die Bürgerlichen sagte Adrian Haas (FDP, Bern), die Steuersenkung

sei dringend nötig, auch wenn sie für den Einzelnen nur bescheiden sei. Er verwies auf den Steuerwettbewerb der Kantone: «Wenn wir hier nichts unternehmen, sind wir bald ganz am Schluss der Rangliste.»

Auf der Gegenseite sagte Bernhard Antener (SP, Langnau), der Kanton könne sich diese Steuersenkung weder leisten, noch bringe sie ihn weiter. Er votierte dafür abzuwarten, bis sich der Kanton neue, «intelligente» Modelle in Richtung eines einheitlichen Proportionaltarifs leisten könne. Finanzdirektor Urs Gasche (BDP) warnte, Steuersenkungen, die zu einer Neuverschuldung führten, erhöhten die Attraktivität nicht.

• **Vorsorgetarif:** Mit 70 zu 66 Stimmen beschlossen die Bürgerlichen hier eine Entlastung um 18,3 Millionen Franken, die verhindern soll, dass Ältere kurz vor ihrer Pensionierung den Kanton Bern verlassen.

• **Vermögenssteuer:** Hier scheiterten die Bürgerlichen unerwartet. Sie wollten Vermögende um total 33 Millionen Franken entlasten. Wegen Abweichlern und Absenzen kam es zum Patt. Ratspräsidentin Chantal Bornoz (SP, La Heutte) gab mit einem achselzuckenden «Eh, bon» den Stichentscheid gegen diese Entlastung.

«Sonst sind wir bald ganz am Schluss der Rangliste.»

Adrian Haas, FDP

• **«Kalte Progression»:** Mit 80 zu 70 Stimmen bekräftigten die Bürgerlichen einen Entscheid vom April und beschlossen den jährlichen Ausgleich der kalten Progression bei der Einkommenssteuer. Von kalter Progression spricht man, wenn Steuerzahler in eine höhere Tarifstufe rutschen, nur weil sie auf ihrem Lohn einen Teuerungsausgleich erhalten – wenn sie also mehr Steuern bezahlen, obwohl sie real nicht mehr Geld haben. Dies betrifft vor allem Einkommen unter 150 000 Franken. Zur Grössenordnung: Von 2001 bis 2006 machte die kalte Progression to-

tal 360 Millionen Franken aus. Heute ist der Ausgleich erst zwingend, wenn 5 Prozent Teuerung aufgelaufen sind.

Fortan weniger Spielraum?

SP, Grüne und EVP lehnten den jährlichen Ausgleich ab. Blaise Kropf (Grüne, Bern) sagte, nur die heutige Regelung gebe dem Kanton Spielraum für gezielte Steuersenkungen. So wird der jährliche Ausgleich künftig über lineare «Steuersenkungen» umgesetzt, während es heute möglich ist, nicht allen Einkommensklassen den vollen Ausgleich zu gewähren, andere dafür aber stärker zu entlasten.

• **Familien:** Für die EVP legte Marc Jost (Thun) diverse Anträge vor. Vor allem wollte er den Abzug für Drittbetreuung von Kindern (maximal 3000 Franken) abschaffen und dafür den Kinderabzug erhöhen (von 6300 auf 7400 Franken). Den ersten Punkt unterstützten SVP, EDU und ein Teil der BDP, der Antrag scheiterte aber mit 49 zu 92 Stimmen. Folgerichtig wurde der höhere Kinderabzug noch klarer verworfen, obwohl die EVP daran festhielt.

FABIAN SCHÄFER